

# Sächsische Volkszeitung

## Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Abgabe A.: Mit „Die Welt in Wort und Bild“ vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.  
Abgabe B.: Ohne Illustrierte Beilage vierteljährlich 1,80 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. — Einzel-Nr. 10 Pf. — Zeitungspreis: Fr. 6558.

Anwerbe werden die gescheiterte Postkarte oder deren Raum mit 15 J. Resten mit 50 Pf. die Post berechnen, bei Wiederholungen aufzuerlegen. Nachst.

Verkaufsstelle, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Gründungsjahr 1868  
Für Rückgabe unbenutzt. Schriftliche keine Verbindlichkeit  
Redaktions-Sprechstunden: 11-12 Uhr.

### 81 Millionen Mark Kriegssteuern in Südwestafrika.

Dresden, den 21. April 1910.

Dem Reichstage liegt derzeit ein Gesetzentwurf über die Aufstandskosten für Südwestafrika vor; er enthält die Schlußrechnung mit 23,7 Millionen Mark Nachforderung, so daß der Aufwand uns insgesamt 405 Millionen Mark kostet. Diesen Anlaß hat nun der Abgeordnete Erzberger benutzt, um eine Auseinandersetzung mit den Kolonialgesellschaften herbeizuführen, die infolge des Krieges so hohe Gewinne gemacht haben. Am Sonnabend kündigte er einen entsprechenden Antrag an und am Montag brachte er diesen im Reichstage ein. Nach diesem Antrage sollen 20 Prozent der gesamten Kosten des Feldzuges — 81 Millionen Mark — durch eine außerordentliche Vermögenssteuer nachträglich gedeckt werden. Diese Steuer soll von allen im Schutzgebiete ansässigen Einzelpersonen und Gesellschaften, die ein Vermögen von mehr als 300 000 Mark besitzen, erhoben werden. Bei Personen, die Steuerfreiheit genießen, soll die Steuerleistung erst nach Ablauf des Privilegs eintreten. (Zu dieser Kategorie gehören u. a. die South West African Co. und teilweise die Otavifischgesellschaft.) Das Vermögen soll dadurch ermittelt werden, daß die doppelten Reineinnahmen des Jahres 1909 mit 20 multipliziert werden. Erzberger geht nämlich dabei von der Ansicht aus, daß im Jahre 1909 auf den Diamantenfeldern in der Hauptfache erst Vorarbeiten geleistet worden sind, so daß die in 1909 erzielten Reineinnahmen kein richtiges Bild von dem wirklichen Ertrage des Vermögens geben. Infolgedessen sehe er die doppelte Höhe der Einnahmen bei der Kapitalisierung an. Der Wert des „Sperrgebietes“, also desjenigen Teiles von Südwestafrika, auf dem nur die deutsche Kolonialgesellschaft schürfen darf, soll mit 800 Millionen Mark angesetzt werden. Dieser Betrag dürfte nicht zu hoch erscheinen. Erzberger stellt auf dem Standpunkte, daß der Wert des Sperrgebietes auf mindestens eine Milliarde zu veranschlagen sei. Falls die Kolonialgesellschaft oder auch andere Gesellschaften (hierzu dürfte die South African Territories Co. gehören) nicht in der Lage sind, die Kreissteuer in bar zu erlegen, so soll ihnen das Abtreten von Land- und Bergrechten gestattet werden. Der zweite Teil an dem Antrage Erzberger ist der § 11, der verlangt, daß vom 1. Oktober 1910 ab der Fiskus allein die Bergheute und das Recht der Erhebung von Bergwerksabgaben haben soll. Für Aufhebung wohlverworbener Rechte soll eine „angemessene Entschädigung“ gewährt werden. Man ersieht aus diesem Passus, was Erzberger mit seinem Antrage bezwecken will. Die Forderung, daß Bergheute und Bergwerksabgaben lediglich dem Fiskus zustehen sollen, hat Erzberger früher schon mehrfach aufgestellt; jetzt benutzt er den Gesetzentwurf über die Aufstandskosten, um seine Forderung durchzusetzen. Welche Bedeutung die Forderungsbabgaben für die Kolonialgesellschaft haben, das haben wir kürzlich noch ausgeführt; sie bilden ein wichtiges Aktivum im Besitze der Kolonialgesellschaft, da sie in den nächsten Jahren viele Millionen einbringen dürften.

Eine wichtige Frage ist nun, wie steht das Reichskolonialamt und wie stehen die Abgeordneten dem Antrage Erzberger gegenüber? Das Reichskolonialamt hat nach dem „Berliner Tageblatt“ trotz des Antrages Erzberger die Verhandlungen mit der Gesellschaft fortgesetzt, indes ist über das Resultat nichts bekannt geworden. Von Interesse dürfte es daher sein, zu rekapitulieren, was Staatssekretär Dernburg am letzten Sonnabend im Reichstage sagte, als von Erzberger der Plan der Kriegssteuer angeregt wurde.

Damals bezeichnete Dernburg die Anregung Erzbergers an und für sich als eine „erfreuliche Perspektive“ und er erklärte sich im Prinzip nicht abgeneigt, seinem Vorschlage die nötige Aufmerksamkeit zu widmen, der das Reich um 20 bis 40 Millionen entlasten sollte. Dabei wies aber der Staatssekretär darauf hin, daß bereits vier Jahre seit Ende des Krieges vergangen seien und daß in dieser Zeit die Besitzer der Anleihe mehrfach gewechselt hätten, so daß jetzt zahlreiche kleine Kapitalisten getroffen würden, die von den Diamanten keine Vorteile gehabt hätten. Diese Bedenken lassen sich nicht handeln, denn ein einziger Anteil kostet derzeit 15 000 Mark, keine Kapitalisten aber legen ihre Geld nicht in solchen Spekulationspapieren an. Auffallend ist, daß nach Einbringung des Antrages die Kolonialgesellschaft sich so schnell mit dem Kolonialamt zu einigen sucht; während bisher die Verhandlungen nicht vom Tode kamen, hat nun Staatssekretär Dernburg dem Vorsitzenden der Unterkommission mitteilen lassen, daß er ein „sehr gutes Abkommen“ bis Freitag fertig habe. Seltener, sehr selten der letzte Vertrag sollte auch „sehr gut“ sein und der Schlußeffekt war, daß der Reichstag ihn einmütig ablehnte. Doch warten wir ab, was das Kolonialamt zu dem Antrage sagt.

Ueber die Stellung der Parteien hat man noch nichts Bestimmtes in Erfahrung gebracht. In parlamentarischen Kreisen hat nach dem „Berl. Volksanz.“ der Antrag Erzberger berechtigtes Aufsehen erregt. Die Mehrzahl der Fraktionen wird, da die Angelegenheit von erheblicher politischer Tragweite ist, schon in den nächsten Tagen Sitzungen abhalten, um zur Sache Stellung zu nehmen. Die Konservativen sollen, wie verlautet, mit dem Antrage Erzberger einverstanden sein, jedoch sind bestimmte Beschlüsse noch nicht gefaßt. Von führender nationalliberaler Seite wird mitgeteilt, daß der vom Abgeordneten Erzberger vorgeschlagene Gesetzentwurf völlig unannehmbar sei, was gar nicht überraschend ist. Man höre nur die sadenscheinigen Ausflüchte. „Die in Südwestafrika ansässigen Gesellschaften wären ja einfach gezwungen, ihren Grund und Boden und alles, was sie an Rechten haben, dem Staate auszuliefern; es sei doch ganz unmöglich, eine Kriegskontribution von 80 Millionen einfach in vier Jahren aufzutreiben, ohne vitale Schädigungen anzurichten. Das Kapital würde aus dem Lande getrieben; wer hätte denn noch Lust, überhaupt größere Vermögen zu erwerben? Gegen eine höhere Besteuerung des Reingewinnes sei vielleicht nichts einzutenden. Ein anderes Mitglied des Reichstages, das bei kolonialen Erörterungen vielfach hervorgetreten ist, steht ebenfalls dem Erzbergerischen Plane sehr skeptisch gegenüber.“ Das wollen wir ruhig abwarten und sehen, welche Parteien den Mut haben, ein solches Gesetz abzulehnen, das heißt dem deutschen Volke alle Kosten aufzulegen und den Gesellschaften die Gewinne von ungezählten Millionen zuzulassen.

Ein sachlicher Einwand konnte bisher dem Antrage Erzberger nicht entgegengestellt werden; man liest nur von der „Willigkeit“, die verlegt worden sei. Aber gerade die Willigkeit erfordert, daß man dem Reiche nicht alles aufzuladen. Dann kommt hinzu, daß die Ablösung der Bergheuterechte gerade jetzt notwendig ist, weil sonst das Land für ewige Zeiten in den Fesseln der Kolonialgesellschaft liegt, weil es alle Bergwerksunternehmen für diese Gesellschaft tributpflichtig macht. Und welcher Rechtsgrund besteht hierfür? Weil man einmal vor 25 Jahren einem schwarzen Häuptling 20 Pfund und einige Gewehre gegeben hat. Gerade jetzt muß freie Bahn in Südwestafrika geschaffen werden, weil später die Ablösung immer schwieriger

ger und immer teurer wird. Es wird sich aber bei der Abstimmung über den Erzbergerischen Gesetzentwurf zeigen, ob man das Spekulantentum im Reichstage unterstützt oder ob man mehr Rücksicht auf das Volk in seinen breiten Schichten und die Entwicklungsmöglichkeit der Kolonie nimmt.

### Deutscher Reichstag.

Der Reichstag erledigte am Mittwoch die erste Lesung der Versicherungsordnung und beschäftigte sich dann mit der Telephongebührenordnung. Als erster Redner aus dem Hause sprach der Abg. Raden (Zentr.). Er wandte sich in scharfen Worten gegen die Regierung, daß sie, trotz der vorjährigen scharf geübten Kritik, den Entwurf wieder unverändert vorgelegt habe. In großzügigen Darlegungen führte er aus, daß das Pauschalgebührensystem nicht abgeschafft werden dürfe. Der Regierungsentwurf behindere den Verkehr und werde dem Platten Lande den erhofften Vorteil nicht bringen. Seinen Ausführungen schlossen sich im wesentlichen an die Abgeordneten Bed-Heidelberg (nat.-lib.) und Kämpf (Fortschr. Volksp.). Abg. Westarp (kons.) gab sich im großen und ganzen mit dem Entwurfe zufrieden. Staatssekretär Kräfte suchte sich in schwachen Ausführungen zu verteidigen, was ihm aber mißlang. Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Siedekum, Vinz und Herzog wird der Entwurf an die Budgetkommission verwiesen.

k. Berlin, Sonntag den 20. April 1910.  
Die erste Lesung der Reichsversicherungsordnung wird fortgesetzt.

Abg. Anders (Freif. Vpt.) ist gegen die stärkere Veranziehung der Helmarbeiter.

Abg. Schmidt (Soz.) behandelt sehr eingehend die Unfallversicherung. Die Selbständigkeit der Berufsvereinigungen schlägt fast immer gegen die Arbeiter aus.

Abg. Ling (Npt.) tritt für die Betriebskrankenkassen ein. Die Halbierung der Krankenkassenbeiträge ist absolut geboten, weil die Sozialdemokraten die Krankenkassen ausnützen. Wenn aber andere Wege gefunden werden können, sind wir auch einverstanden. Die Betriebskrankenkassen leisten am meisten bei den geringsten Beiträgen.

Abg. Dr. Burchardt (W. Ver.) hält die Regelung der Apothekerfrage für ganz ungenügend. In Berlin könne man nicht eine einzige Apotheke errichten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Es folgt die erste Lesung der Telephongebührenordnung.

Abg. Raden (Zentr.): Bei der fast einmütigen scharfen Kritik, die im vergangenen Jahre an einem wesentlichen Punkte der Vorlage „Beseitigung der Pauschalgebühren“ hier im Hause geübt wurde, würde man annehmen dürfen, die Vorlage würde in dieser Tagung in abgeänderter Form erscheinen. Trotz der feststehenden Einmütigkeit, mit der Handel, Gewerbe und Industrie in zahllosen, eingehend begründeten Eingaben und in der Öffentlichkeit sich gegen die Beseitigung der Pauschalgebühren ausgesprochen haben, unbefürchtet um die scharfe Verteilung, welche diese beabsichtigte, ungerechtfertigte und in ihren Folgen bedenkliche Änderung der Pauschalgebühren bei diesen modernen und für die auf daselbe angewiesenen Erwerbstreibe unentbehrlichen Verkehrsmittel gefunden hat, bringt die Verwaltung denselben Entwurf ein. Auch der deutsche Landtag hat zweimal, das letzte Mal vor wenigen Tagen, Stellung gegen die Beseitigung der Pauschalgebühren genommen. Freilich hat der Herr Staatssekretär im vorigen Jahre hier erklärt, eine derartige Kritik habe er vorausgesehen; die Reichspostverwaltung habe gewußt, daß sie mit der Neuordnung der Pauschalgebühren wieder einmal den schärfsten Angriffen begegnen werde. Denn, wenn dem einen genommen werde, dem anderen gegeben werde, sei eine Kritik die unausbleibliche Folge, besonders in dem Maße, wenn bei einem solchen Ausgleich als Hauptmoment gelten solle: „Die Einnahmen für die Postkasse dürften sich nicht geringer gestalten.“ Indessen mit diesen Argumenten kommt der Herr Staatssekretär an der unbedingten Berechtigung der Kritik nicht vorüber. Ich kann es mir nicht verlagern, hier ausdrücklich auszusprechen, daß der Reichspostverwaltung bis zur Stunde augenscheinlich noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß für die Kritik, welche gegen eine Beseitigung der Pauschalgebühren energisch Front machen nicht das entscheidende Moment in der Debatte, sondern in der

### Die Mineralbäder bei Schmiedwisch-Ramenz.

In den hiesigen Bädern fängt es wieder an, sich zu regen. Die ersten Schwaben (Badegäste) sind bereits angekommen. Wer das Einfache, Ruhige und Billige, dabei aber trotzdem wirklich Gute liebt, der ist im „Bad Seil“ gut aufgehoben! Der Besitzer, Herr Emil Sperling, bewirtschaftet das Etablissement selbst. Er ist ein Reffe des verstorbenen katholischen Schuldirektors Sperling in Dresden. Seine Gattin ist gebürtig aus dem preussischen katholischen Grenzstädtchen Wittichenau. Herr und Frau Sperling kommen ihren Badegästen stets mit größter Freundlichkeit und Zuvorkommenheit entgegen und sind redlich bemüht, alle Wünsche derselben nach Möglichkeit zu erfüllen.

Wer aber höhere Ansprüche macht, oder machen kann und will, dem stehen die zwei weiteren Badeetablissemens zur Verfügung „Bad Marienborn“ und „Johannisbad“. Bad Marienborn ist das älteste der drei Bäder. Dasselbe ist schon in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von einem Herrn Dr. Wänisch gegründet worden. Im Laufe der Zeit haben dort auch Neubauten und Neubauten stattgefunden, so daß es mit dem anstehenden Park recht gut repräsentiert. Von hier ist auch täglich Fahrgelegenheit nach und von der Bahnstation Ramenz. Das jüngste der drei Bäder ist das Johannis-

bad. Es wurde Ende des vorigen Jahrhunderts vom Herrn Kohlenwerksbesitzer J. Noak gegründet und erbaut. Später kauften es mehrere sehr wohlmeinende Herren aus der näheren und weiteren Umgegend gemeinsam an. Dieselben führten dann großartige Neubauten und Berggrünungen dort auf. Schöne Gartenanlagen, vornehmer Regelschub und Lawn-Tennisplatz wurden geschaffen, so daß viel Kapital darauf verwendet werden mußte. Leider ging das Geschäft nicht so, wie man es sich früher vorgestellt hatte. Das schöne Johannisbad wurde nach einigen Jahren meistbietend für etwas über 90 000 Mark verkauft. Diejenigen, von denen man es erwartet hatte, griffen nun nicht zu und so erstand es für obigen Preis Herr Edwin Boger, Schwiegerohn des Gründers J. Noak und Blumenfabrikant in Dresden-Röbtaun, welcher es noch heute besitzt und — das Geschäft geht —

In Marienborn (Wesiger und Wirt: Herr Jäger) sowie auch in Johannisbad werden während der Badezeit zeitweise Konzerte abgehalten, im letzteren nach dem Konzert auch Reunion.

Für sächsische Katholiken, welchen diese Bäder noch unbekannt sind, obwohl sie vielleicht ausländische Bäder besuchen oder besuchen müssen, diene folgendes zur Orientierung: Die Bäder bei Schmiedwisch liegen so ziemlich im Zentrum der wendischen katholischen Pflanze. Nächste Bahnstation ist Ramenz, wo stets Fahrgelegenheit nach hier ist. Wagenfahrt ¼ Stunde. In sämtlichen Bädern werden auch Schwefel-, Kohlen- und Moorbäder verab-

reicht. Badeärzte sind Dr. Radel-Banschwitz und Dr. Böhm-Ramenz. Vor starken West- und Nordwinden sind die Bäder geschützt durch mächtige Anhöhen und den großen Lugebusch. In dem klüsterlichen Lugebusch sind schöne Spazierwege, mit Rubebänken ausgestattet, vorhanden, auch einige anmutige, ziemlich große Fischteiche sind in der Nähe.

Wer weitere Spaziergänge liebt, den führt ein schöner, schattiger Waldweg nach dem Wallfahrtsort Rosenthal, welcher in 40 Minuten zurückgelegt ist. Hier die schöne geräumige Kirche und daneben der St. Marienbrunnen. Von Rosenthal aus ist man auf romantischen Fußwege, vorbei an einer Gedächtniskapelle, in 25 Minuten in dem ansehnlichen Pfarrdorf Malby. — Kirche, Schule und neugebautes Erdgericht. Nordöstlich von den Bädern, nur 15 Minuten entfernt, ist das Dorf Radelwitz mit Postagentur, Rittergut, Schloß, Krankenhaus, Kaufmannsgeschäft und schönem Gasthof mit Fleischerei.

Von Radelwitz aus führt nordöstlich ein halbstündiger Fußweg stets durch schönes, grünes Wiesengelände nach dem großen Pfarrdorf Crostwitz. Hier große Pfarrkirche mit anliegendem großen Kirchhofe. Zur leiblichen Stärkung ist der Gasthof Zum Erdgericht und Kegel, eine Restauration mit Fleischerei, und die Restauration mit Kaufmannsgeschäft des Sebastian Saring vorhanden, wo auch die „Sächsische Volkszeitung“ ausliegt. Nach einer Wanderung gen Süden von den Bädern aus ist man in 30 Minuten in Rudau-Kloster Marienfern-Banschwitz.